

## Übungsaufgabe zur Vorbereitung auf die Zwischenprüfung des mittleren Zolldienstes

– Prüfungsgebiet Vollzugsrecht (VZR) –

**Bearbeitungszeit:** 3 Stunden (180 Minuten)

**Hilfsmittel:** E-VSF (für SächsPolG); elektronische Vorschriftenammlung „Vollzugsrecht“ (VS-VZR)

### A. Sachverhalt

#### Teil I

Sie sind als ZOS/ZOSin Vollzugsbedienstete(r) des Sachgebietes C „Kontrolleinheit Verkehrswege“ des HZA Dresden und führen heute gemeinsam mit Ihren Kollegen ZHS Beimer und ZOSin Ruland Kontrollen in Dienstkleidung im Bezirk des HZA Dresden durch. Der heutige Kontrollauftrag sieht wegen der Zunahme von Feststellungen hinsichtlich unsteuerter Zigaretten Kontrollen auf der A 4 und in unmittelbarer Umgebung liegenden Straßen aus Richtung Polen kommend vor. Hierzu befahren Sie vormittags Streckenabschnitte zwischen Görlitz und Bautzen.

Gegen 9 Uhr beobachten Sie einen Pkw der Marke VW Golf mit polnischem Kennzeichen, wie er die Autobahn A 4 circa 20 Kilometer hinter der deutsch-polnischen Grenze an der Anschlussstelle Nieder-Seifersdorf verlässt und auf die von Ihnen befahrene Landstraße abbiegt. Sie entschließen sich, den VW Golf einer Zollkontrolle zu unterziehen.

Da das Fahrzeug sich zügig von Ihnen in nördlicher Richtung entfernt, müssen Sie die zulässige Höchstgeschwindigkeit um circa 15 km/h überschreiten, um das Fahrzeug zu überholen und auf einem nahe gelegenen Parkplatz zu führen. Bedenken hinsichtlich der Sicherheit haben Sie dabei nicht,

da es sich um eine gut überschaubare Straße ohne weiteren Straßenverkehr handelt und auf dem Parkplatz der für die Kontrolle erforderliche Platz vorhanden ist.

Nachdem Sie an das Fahrzeug herangetreten sind, teilen Sie dem Fahrer mit, dass Sie eine Zollkontrolle durchführen und verlangen von diesem, sich auszuweisen. Aus dem Ihnen vorgezeigten polnischen Reisepass geht hervor, dass es sich bei dem Fahrer um den polnischen Staatsbürger Roman Kowalczyk handelt.

Herr Kowalczyk teilt Ihnen mit, dass er sich auf einer Geschäftsreise befände. Zollamtlich relevante Waren führe er nicht mit sich und auf Ihre Aufforderung, mitgeführte Barmittel und gleichgestellte Zahlungsmittel in Höhe von 10 000 € und mehr anzuzeigen, verweist er lediglich auf einen geringen Barbetrag sowie seine Debit- und Kreditkarten.

Ihre Kontrolle von Fahrzeug und Gepäck ergibt keine Beanstandung, jedoch entdecken Sie im Kofferraum einen Kfz-Einbausafe. Sie fordern Herrn Kowalczyk auf diesen zu öffnen.

Nachdem sich Herr Kowalczyk lauthals über diese Forderung von Ihnen echauffiert, klären Sie ihn über die rechtliche Lage auf und drohen den Safe notfalls auf Kosten von Herrn Kowalczyk durch einen Schlosser öffnen zu lassen.

Herr Kowalczyk lenkt ein und öffnet den Safe, in dem sich offenkundig nur geschäftliche Unterlagen befinden.

Als Sie sich von Herrn Kowalczyk verabschieden wollen, fällt Ihnen auf, dass die vorderen Reifen kein ausreichendes Profil mehr besitzen. Da zudem die aktuelle Wetterprognose starke Regenfälle vorhergesagt hat, untersagen Sie Herrn Kowalczyk die Weiterfahrt und fordern ihn auf, sich bei einer in der Nähe liegenden Autowerkstatt neue Reifen aufziehen zu lassen. Dorthin werden Sie ihn mit vorsorglicher Fahrweise begleiten.

## Teil II

Sie sind ZOS/ZOSin beim HZA München (Sachgebiet E; Finanzkontrolle Schwarzarbeit) und führen heute gemeinsam mit ZOSin Heisenberg in Dienstkleidung eine Kontrolle von Taxifahrer(innen) an einem Taxistand vor dem Münchener Hauptbahnhof durch. Dort befinden sich derzeit zwölf Taxen, in denen die jeweiligen Fahrer(innen) offensichtlich auf Fahrgäste warten.

Sie treten gemeinsam mit ZHSin Heisenberg an die jeweiligen Fahrer(innen) heran, weisen sich ordnungsgemäß aus und erklären den Grund Ihrer Kontrolle. Anschließend beginnen Sie zwecks Personalienüberprüfung die Fahrer(innen) nach ihren Personalien zu befragen und verlangen die Aushändigung der Personalausweise. Außerdem verlangen Sie Angaben zu ihrem Beschäftigungsverhältnis.

Von den Fahrer(innen) mit Drittstaatsangehörigkeit fordern Sie außerdem die Aushändigung des Passes und des Aufenthaltstitels.

Plötzlich bemerken Sie, dass ein Taxifahrer offensichtlich versucht, sich zu Fuß durch „unauffälliges Entfernen“ vom Taxistand der Kontrolle zu entziehen. ZHSin Heisenberg fordert den Mann auf, stehen zu bleiben. Trotz dieser Aufforderung entfernt sich der Fahrer weiter, beschleunigt seinen Schritt und plant offensichtlich, im Gebäude des Hauptbahnhofs zu verschwinden.

Ihnen gelingt es, nach kurzer Verfolgung, nach Androhung unmittelbaren Zwangs, den Flüchtenden am Arm festzuhalten. Dieser gibt nun seinen Widerstand auf und folgt Ihnen zum Taxistand.

Bei dessen Personalienüberprüfung stellt sich heraus, dass es sich um den ukrainischen Staatsangehörigen Danylo Boyko handelt, der sich nicht im Besitz eines erforderlichen Aufenthaltstitels befindet.

Die Überprüfung der anderen Fahrer(innen) ergibt keine Beanstandungen.

## B. Aufgaben

Die nachfolgenden Aufgaben bzw. Fragen sind – sofern nichts anderes angegeben – ausführlich und in der angegebenen logischen Reihenfolge zu bearbeiten. Die Lösungen sind eingehend zu begründen. Die Fundstellen aus den zugelassenen Hilfsmitteln, auf die sich die Darlegungen stützen, sind anzugeben.

### Zu Teil I

1. War die beschriebene Kontrolle einschließlich aller Maßnahmen rechtmäßig?
2. Durften Sie die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der Landstraße überschreiten?
3. Wäre es zulässig gewesen, den Einbausaft im Falle einer Weigerung durch eine Fachfirma öffnen zu lassen?

4. War es rechtmäßig, die Weiterfahrt zu untersagen und Herrn Kowalczyk aufzufordern, neue Reifen aufziehen zu lassen?  
Hinweis: Auf ermächtigungsbegrenzende Vorschriften ist nicht einzugehen.

5. Erläutern Sie den Begriff des Vollzugsbeamten!

### Zu Teil II

1. Durften Sie mit ZHSin Heisenberg die beschriebenen Maßnahmen zur Prüfung der Taxifahrer(innen) treffen?
2. Durften Sie den flüchtenden Danylo Boyko am Arm festhalten?  
Hinweis: Gehen Sie davon aus, dass die Anwendung des unmittelbaren Zwangs zulässig ist.
3. Waren Sie nach Feststellung des unerlaubten Aufenthalts für die Strafverfolgung zuständig?

## C. Lösung zur Übungsaufgabe

### Teil I

#### Zu Nr. 1

#### Anlass

Aufgrund der Grenznähe, des polnischen Kennzeichens und der Zunahme von Feststellungen im Hinblick auf un versteuerte Zigaretten aus Polen, konnte angenommen werden, dass ein möglicher Verkehr mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren über die Grenze des deutschen Verbrauchsteuergebietes unmittelbar aus einem anderen Mitgliedstaat der Union (hier Polen, Art. 4 UZK) vorlag. Auch konnte vor diesem Hintergrund grenzüberschreitender Verkehr mit Barmitteln und/oder gleichgestellten Zahlungsmitteln nicht vollkommen ausgeschlossen werden.

#### Gesetzliche Aufgabe

Der Verkehr mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren in das deutsche Verbrauchsteuererhebungsgebiet wird zollamtlich überwacht, um sicherzustellen, dass die Verbrauchsteuern erhoben und die Verbrauchsteuervorschriften eingehalten werden (§ 1 Abs. 2 ZollVG).

Darüber hinaus sichert die zollamtliche Überwachung auch die Einhaltung der Verbote und Beschränkungen für den Warenverkehr über die Grenze (§ 1 Abs. 3 ZollVG).

Ebenso wird der grenzüberschreitende Verkehr mit Barmitteln und gleichgestellten Zahlungsmitteln zollamtlich überwacht (§ 1 Abs. 4 Satz 1 ZollVG). Der Zweck der zollamtlichen Überwachung ist u. a. die Verhinderung und Verfolgung der Geldwäsche nach § 261 StGB und der Terrorismusfinanzierung nach § 89a Abs. 2a, § 89c StGB (§ 12a Abs. 7 S. 3 -a) und -b) ZollVG].

Die Aufgabe der zollamtlichen Überwachung fällt in den Bereich des Besteuerungsverfahrens. Es gelten daher die Grundsätze der AO (§ 1 Abs. 1 AO).

#### Zuständigkeit

Das HZA Dresden ist eine Finanzbehörde (§ 6 Abs. 2 Nr. 5 AO).

Als örtliche Behörde der Bundesfinanzverwaltung sind die HZÄ für die zollamtliche Überwachung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs, einschließlich des Verkehrs mit Barmitteln und gleichgestellten Zahlungsmitteln über die Grenze, sachlich zuständig (§ 16 AO i. V. m. § 1 Nr. 3, 12 Abs. 2 FVG).

Das HZA Dresden ist örtlich zuständig, da sich der Sachverhalt im Bezirk des HZA Dresden ereignet (§§ 17, 24 AO).

## Handlungsprinzip/Verfahrensprinzip

Die Auswahl und Kontrolle des Pkw erfolgt nach pflichtgemäßem Ermessen (§ 86 Satz 1 AO).

Das HZA ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen (§ 88 Abs. 1 Satz 1 AO) und bestimmt Art und Umfang der Ermittlungen nach den Umständen des Einzelfalls (§ 88 Abs. 2 Satz 1 AO).

Aufgrund der Annahme eines möglichen grenzüberschreitenden Warenverkehrs bzw. Barmittelverkehrs (siehe oben) entschied ich mich als Bedienstete(r) des HZA Dresden, den Pkw zu kontrollieren.

## Befugnisse

Laut Sachverhalt fand die steuerliche Kontrolle auf einem Verkehrsweg (Landstraße an der deutsch-polnischen Grenze) außerhalb des grenznahen Raumes (Umkehrschluss aus § 14 Abs. 1 ZollVG) statt.

Die relative Grenznähe mit 20 Kilometern und der Umstand, dass es sich um ein Fahrzeug mit polnischem Kennzeichen handelt, begründeten die Annahme, dass Waren mitgeführt werden konnten, die der zollamtlichen Überwachung unterlagen.

In solchen Fällen gelten für örtlich und zeitlich begrenzte Kontrollen (hier durch die typische Dienstverrichtung einer mobilen Kontrolleinheit sichergestellt) außerhalb des grenznahen Raumes die Befugnisse des § 10 Abs. 1 ZollVG (§ 10 Abs. 2 ZollVG).

Beförderungsmittel und Personen (hier der Pkw, bzw. der Fahrzeugführer) können durch uns als Bedienstete der Zollverwaltung zur Durchführung der in § 1 ZollVG genannten Aufgaben angehalten werden (§ 10 Abs. 1 Satz 1 ZollVG). Dies geschah im Sachverhalt durch Zuführen auf den Parkplatz und Herantreten an den Fahrer.

Der zum Anhalten aufgeforderte Fahrzeugführer hat auf Verlangen stehen zu bleiben und sich auszuweisen (§ 10 Abs. 1 Satz 2 ZollVG). Dem Verlangen kam Kowalczyk nach, indem er seinen Reisepass aushändigte.

Beförderungsmittel (hier der Pkw) können einschließlich der darin befindlichen Gepäckstücke zur Feststellung der Einhaltung der Zollvorschriften an einem geeigneten Ort geprüft werden (§ 10 Abs. 1 Satz 5 ZollVG). Zu diesem Zweck war es auch zulässig, den Pkw an diesen geeigneten Ort (hier der Parkplatz) zu führen, um dort die Prüfung des Fahrzeugs und des Gepäcks durchzuführen.

Herr Kowalczyk hatte als von der Prüfung Betroffener gem. § 10 Abs. 1 Satz 6 ZollVG die nach den Umständen erforderliche (und zumutbare) Hilfe zu leisten.

Dazu gehörte in diesem Fall insbesondere auch das Öffnen des Kofferraumsafes.

Zur Kontrolle des grenzüberschreitenden Barmittelverkehrs hatte Herr Kowalczyk Barmittel und gleichgestellte Zahlungsmittel im Wert von 10 000 € oder mehr auf Verlangen anzuzeigen (§ 12a Abs. 1 Satz 1 ZollVG).

Zur Ermittlung dieses Sachverhaltes galten die Befugnisse wie oben beschrieben aus § 10 Abs. 1 ZollVG unmittelbar, da

die Kontrolle im Bereich der Grenze zu einem anderen Mitgliedstaat (Polen) stattfand (§ 12a Abs. 4 Satz 2 ZollVG).

## Ermächtigungsbegrenzende Vorschriften

Alle getroffenen Maßnahmen waren verhältnismäßig (§ 88 Abs. 2 Satz 1 AO), da

- > möglich (tatsächlich möglich und rechtlich zulässig) und geeignet (für die Kontrolle zwecktauglich),
- > erforderlich als mildeste Mittel (Mittel, das den Herrn Kowalczyk und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt) und
- > angemessen, da der zu erwartende Schaden (Fahrunterbrechung und Zeitverlust) nicht erkennbar außer Verhältnis zum angestrebten Erfolg (Aufgabenerfüllung nach § 1 ZollVG) stand.

Die Aufforderungen waren als Verwaltungsakte (§ 118 AO) auch inhaltlich hinreichend bestimmt, da Herr Kowalczyk offenkundig verstand, was wir von ihm verlangten (§ 119 Abs. 1 AO). Gegenteiliges ist dem Sachverhalt nicht zu entnehmen.

Nach alledem war die Kontrolle einschließlich aller Maßnahmen rechtmäßig.

## Zu Nr. 2

Das Verhalten im Straßenverkehr ist in der StVO geregelt.

Ich war im gegebenen Fall von den Vorschriften der StVO befreit und durfte mit überhöhter Geschwindigkeit die Landstraße befahren (§ 35 Abs. 1 und 8 StVO), da ich

- > Zollbedienstete(r) (ZOSin/ZOS des HZA Dresden) bin,
- > hoheitliche Aufgaben (Zollamtliche Überwachung – siehe Aufgabe 1) wahrnahm,
- > die Geschwindigkeitsüberschreitung dringend geboten war, da ich die Person sonst nicht hätte anhalten können, die Kontrolle somit entfallen wäre und
- > die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die Geschwindigkeitsüberschreitung nicht beeinträchtigt wurde, da kein Verkehr auf der übersichtlichen Landstraße herrschte.

## Zu Nr. 3

### Zulässigkeit von Zwangsmitteln

Die Aufforderung, den Kfz-Einbausafe zu öffnen, war ein Verwaltungsakt nach § 118 AO, der ordnungsgemäß erlassen wurde und hinreichend bestimmt war (§ 119 Abs. 1 AO).

Dieser Verwaltungsakt, der auf ein Handeln gerichtet war, würde bei einer Weigerung des Herrn Kowalczyk nicht befolgt.

Als Bedienstete(r) des HZA Dresden kann ich den Verwaltungsakt im Verwaltungsweg vollstrecken (§ 249 Abs. 1 AO).

Da ein Rechtsbehelf die Vollziehung des Verwaltungsaktes nicht hemmt, hätte der Verwaltungsakt sofort vollstreckt werden können (§ 251 Abs. 1 Satz 1 AO, § 361 Abs. 1 AO).

> Fortsetzung im BDZ Fachteil 1–2/2022

beziehungsweise für BDZ-Mitglieder  
schon jetzt vorab unter

[www.bdz.eu](http://www.bdz.eu) im Bereich Service/Musterklausuren

## Fortsetzung der Lösung zur Übungsaufgabe im Vollzugsrecht aus BDZ Fachteil 12/2021 F80

Der auf ein Handeln gerichtete Verwaltungsakt hätte mit Zwangsmitteln (Zwangsgeld nach § 329 AO, Ersatzvornahme nach § 330 AO oder unmittelbarer Zwang nach den Voraussetzungen des § 331 AO) durchgesetzt werden können (§ 328 Abs. 1 AO).

Von diesen Zwangsmitteln wäre dasjenige zu bestimmen gewesen, das den Pflichtigen Herrn Kowalczyk und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigt hätte.

Es hätte in einem angemessenen Verhältnis zu seinem Zweck stehen müssen (§ 328 Abs. 2 AO).

Da Zwangsgeld nicht zum Ziel führt (ist in einem schriftlichen Verfahren durch HZA anzudrohen und nach Fristsetzung festzusetzen) und der unmittelbare Zwang hier nicht das mildeste Zwangsmittel darstellt (Schaden durch Aufbrechen des Einbausafes wäre höher zu bewerten gewesen als der Kostenaufwand für den Schlosser und den Zeitaufwand) wäre die Ersatzvornahme – hier das Öffnen des Einbausafes durch eine Fachfirma als vertretbare Handlung – zulässig gewesen.

### Zu Nr. 4

#### Anlass

Die abgefahrenen Reifen des VW Golf stellten eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar.

Aus dem Bereich objektive Rechtsordnung waren straßenverkehrsrechtliche Vorschriften über den Zustand von Kraftfahrzeugen (müssen nicht näher benannt werden) und aus dem Bereich der subjektiven Rechtsgüter Leben, Gesundheit und Eigentum von Herrn Kowalczyk und anderen Verkehrsteilnehmern betroffen.

Eine konkrete Gefahr war gegeben, da der Schaden für die objektive Rechtsordnung durch die Reifen ohne Profil bereits eingetreten war und bei ungehindertem Geschehensablauf der Schaden für die oben genannten subjektiven Rechtsgüter in absehbarer Zeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit durch äußere Einflüsse (z. B. unvorhergesehene Bremsung insbesondere aufgrund schlechter Sicht bei zu erwartenden starken Regenfällen) eingetreten wäre.

Es lag auch eine gegenwärtige erhebliche Gefahr vor.

Die Gefahr war erheblich, da bedeutsame Rechtsgüter (Leib, Leben, ggf. wesentliche Vermögenswerte) betroffen waren.

Die Gefahr für diese Rechtsgüter war auch gegenwärtig, da bei ungehindertem Geschehensablauf der Schaden mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unmittelbar bevorstand und jederzeit eingetreten wäre.

#### Gesetzliche Aufgabe

Die Abwehr einer solchen Gefahr ist im Freistaat Sachsen Aufgabe der Landespolizei (§ 1 Abs. 1 Satz 1 SächsPolG).

#### Zuständigkeit

Ich bin als Zollbediensteter(r) bei der Kontrolleinheit Verkehrswege des Sachgebiets C tätig und somit gem. § 9 Nr. 8 UZwG i. V. m. Abs. 30 Nr. 1 UZwVwV-BMF zum Schusswaffengebrauch bei Anwendung unmittelbaren Zwangs nach dem UZwG berechtigt.

In diesem Fall kann ich in Sachsen polizeiliche Amtshandlungen vornehmen zur Abwehr einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr (liegt vor: siehe oben), weil die zuständige Polizei die erforderlichen Maßnahmen nicht rechtzeitig treffen konnte (§ 77 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 3 Nr. 2 SächsPolG).

Da ich in diesem Fall tätig wurde, hatte ich die gleichen Befugnisse wie die sächsische Polizei und meine Maßnahmen galten als Maßnahmen der zuständigen Polizeidienststelle (§ 77 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 Nr. 2 SächsPolG).

#### Handlungsprinzip/Verfahrensprinzip

Ich treffe polizeiliche Maßnahmen nach pflichtgemäßem Ermessen (§ 3 Abs. 2 SächsPolG).

Aufgrund der Gefahrenlage (bei gegenwärtiger erheblicher Gefahr geht das Ermessen gegen null) und da keine höherwertigeren Rechtsgüter gefährdet waren, entschied ich mich, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu treffen.

#### Befugnisse

Das Untersagen der Weiterfahrt und die Aufforderung, neue Reifen aufziehen zu lassen, waren aufeinander folgende erforderliche Maßnahmen aus der Generalklausel, um die Gefahr für Leben, Gesundheit und Eigentum des Herrn Kowalczyk und der anderen Verkehrsteilnehmer abzuwehren. Einzelbefugnisse standen nicht zur Verfügung (§ 3 Abs. 1 SächsPolG).

Die Maßnahmen waren an Herrn Kowalczyk als Inhaber der tatsächlichen Gewalt zu richten, da die Gefahr vom Zustand einer Sache (also der Reifen bzw. des Fahrzeugs) ausging (§ 5 SächsPolG).

Die zuständige Polizeidienststelle war nach Treffen der Maßnahmen unverzüglich zu unterrichten (§ 77 Abs. 1 Satz 2 i. V. m. Abs. 3 Nr. 2 SächsPolG).

Es war somit rechtmäßig, die Weiterfahrt zu untersagen und Herrn Kowalczyk aufzufordern, neue Reifen aufziehen zu lassen.

### Zu Nr. 5

Ein Vollzugsbeamter nimmt als Vollzugsbediensteter aufgrund gesetzlicher Ermächtigung hoheitliche Aufgaben wahr und kann von Personen ein Handeln, Dulden oder Unterlassen verlangen und dies erforderlichenfalls mit Zwangsmitteln erzwingen, insbesondere durch Anwendung unmittelbaren Zwangs bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen (vgl. Abs. 1 UZwVwV-BMF).

Zur Erfüllung der Aufgaben stehen Befugnisse zu. Hierzu wird mit Verwaltungsakt mitgeteilt, welches Handeln, Dulden oder Unterlassen verlangt wird.

## Teil II

### Zu Nr. 1

#### Anlass

Im Sachverhalt ist von Beschäftigungsverhältnissen im Personenbeförderungsgewerbe (Taxigewerbe) auszugehen.



## Gesetzliche Aufgabe

Die Behörden der Zollverwaltung und somit auch wir (= ZOSin Heisenberg und ich) als Bedienstete des Sachgebietes E des HZA München prüfen die Rechtmäßigkeit der Beschäftigung, die sich aus Dienst- oder Werkleistungen ergeben, hier im Personenbeförderungsgewerbe.

Insbesondere prüfen wir, ob u. a.

- Sozialleistungen nach dem SGB II und SGB III zu Unrecht bezogen werden (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SchwarzArbG) und ob
- Ausländer(innen) entgegen § 4a Abs. 4 und 5 Satz 1 und 2 AufenthG beschäftigt werden (§ 2 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 –a) SchwarzArbG.

Ziel der Aufgabenwahrnehmung ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit (§ 1 Abs. 2 Nr. 3 SchwarzArbG) und der illegalen Beschäftigung (§ 1 Abs. 3 Nr. 2 SchwarzArbG).

## Zuständigkeit

Die Hauptzollämter als Behörden der Zollverwaltung sind für die Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung zuständig (§ 2 Abs. 1 SchwarzArbG i. V. m. § 12 Abs. 2 FVG).

## Handlungsprinzip/Verfahrensprinzip

Für das Verwaltungsverfahren der Behörden der Zollverwaltung nach dem SchwarzArbG gelten die Vorschriften der AO sinngemäß, sofern nichts anderes bestimmt ist (§ 22 SchwarzArbG).

Die Auswahl und Prüfung der Taxifahrer(innen) erfolgte nach pflichtgemäßem Ermessen (§ 86 Satz 1 AO). Das HZA München ermittelte den Sachverhalt von Amts wegen (§ 88 Abs. 1 Satz 1 AO) und bestimmte Art und Umfang der Ermittlungen nach den Umständen des Einzelfalls (§ 88 Abs. 2 Satz 1 AO). Aufgrund der Annahme der Beschäftigung im Taxigewerbe (siehe Anlass) entschieden wir uns als Bedienstete des HZA München, die Taxifahrer(innen) vor dem Münchener Hauptbahnhof zu überprüfen.

## Befugnisse

Da es sich bei dem Taxistand vor dem Münchener Hauptbahnhof um öffentlichen Raum handelt, ist auf die Befugnis Grundstücke zu betreten nicht einzugehen. Zur Durchführung der Prüfung nach § 2 Abs. 1 SchwarzArbG waren wir befugt, die Personalien der Personen, die an dem Taxistand als Taxifahrer(innen) tätig waren zu überprüfen (§ 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SchwarzArbG). Zu diesem Zweck durften wir die Personen anhalten, nach Personalien befragen und verlangen, dass mitgeführte Ausweispapiere zur Prüfung ausgehändigt werden (§ 3 Abs. 3 Satz 2 SchwarzArbG). Da es sich beim Taxigewerbe um ein Personenbeförderungsgewerbe handelt, waren die Taxifahrer(innen) verpflichtet, u. a. ihre Pässe oder Personalausweise während ihrer Tätigkeit mitzuführen und uns auf Verlangen vorzulegen (also ggf. nachträglich zur Prüfung auszuhändigen, § 2a Nr. 3 SchwarzArbG). Die ausländischen Staatsbürger waren zudem verpflichtet, u. a. ihren Aufenthaltstitel auf Verlangen vorzulegen (§ 5 Abs. 3 SchwarzArbG). Wir konnten also konkret die Aushändigung von Pässen oder Personalausweisen und Aufenthaltstiteln verlangen.

Gem. § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SchwarzArbG waren wir befugt, von den tätigen Taxifahrer(innen) Auskünfte über ihre Beschäftigungsverhältnisse einzuholen.

Die Taxifahrer(innen) hatten die Prüfung zu dulden und dabei mitzuwirken, insbesondere hatten sie ihre Personalien anzugeben und die verlangten Ausweispapiere (Pässe, Personalausweise, Aufenthaltstitel) zur Prüfung auszuhändigen sowie die für die Prüfung erheblichen Auskünfte zu erteilen (§ 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SchwarzArbG).

## Ermächtigungsbegrenzende Vorschriften

Alle getroffenen Maßnahmen waren verhältnismäßig (§ 88 Abs. 2 Satz 1 AO), da

- möglich (tatsächlich möglich und rechtlich zulässig) und geeignet (für die Kontrolle zwecktauglich),
- erforderlich als mildeste Mittel (Mittel, die die Taxifahrer(innen) und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigten) und
- angemessen, da der zu erwartende Schaden (Arbeitszeitunterbrechung, ggf. Verdienstausschlag) nicht erkennbar außer Verhältnis zum angestrebten Erfolg (Aufgabenerfüllung nach § 2 Abs. 1 SchwarzArbG) stand.

Die Aufforderungen waren als Verwaltungsakte (§ 118 AO) auch inhaltlich hinreichend bestimmt, da die Fahrer(innen) offenkundig verstanden, was wir von ihnen verlangten (§ 119 Abs. 1 AO). Gegenteiliges ist dem Sachverhalt nicht zu entnehmen.

Somit durften ZHSin Heisenberg und ich die beschriebenen Maßnahmen treffen. Die Prüfung war rechtmäßig.

## Zu Nr. 2

### Zulässiges Mittel des unmittelbaren Zwanges (Anwendung nach dem UZwG)

Die Voraussetzungen für die Anwendung des unmittelbaren Zwanges nach den Vorschriften des UZwG lagen gem. § 1 Abs. 1 UZwG vor, da

- ich als Vollzugsbedienstete(r) des Sachgebietes E des HZA München Vollzugsbeamte(r) des Bundes bin (§ 6 Nr. 2 UZwG i. V. m. Abs. 1, Abs. 7 Nr. 1 UZwVwV-BMF),
- ich mich in rechtmäßiger Dienstausbübung befand (siehe Antwort zu Nr. 1) und
- die Anwendung des unmittelbaren Zwangs nach dem Hinweis zur Fragestellung zulässig war.

Das Festhalten am Arm war unmittelbare Einwirkung auf eine Person (hier Herrn Danylo Boyko) durch körperliche Gewalt (§ 2 Abs. 1, Abs. 2 UZwG) und damit ein zulässiges Mittel des unmittelbaren Zwanges.

Das Festhalten am Arm war ein mögliches und geeignetes Mittel (stand tatsächlich zur Verfügung, war rechtlich erlaubt und für die Prüfung zwecktauglich), erforderliches Mittel (sogenanntes mildestes Mittel, das Herr Boyko und die Allgemeinheit am wenigsten beeinträchtigte) (§ 4 Abs. 1 UZwG) und es war angemessen, da der zu erwartende Schaden (hier Schmerz am Arm) nicht außer Verhältnis zum beabsichtigten Erfolg (Personalienüberprüfung) stand (§ 4 Abs. 2 UZwG). Das Festhalten am Arm war daher auch verhältnismäßig.

Der unmittelbare Zwang wurde laut Sachverhalt in der erforderlichen und zulässigen Weise angedroht (hier mündlich, § 1 Abs. 2 UZwG i. V. m. § 332 Abs. 1 AO).

Ich durfte also den flüchtenden Danylo Boyko am Arm festhalten.

**Zu Nr. 3**

**Anlass**

Durch die Feststellung im Rahmen der Personalienüberprüfung, dass Danylo Boyko nicht im Besitz eines erforderlichen Aufenthaltstitels war, hatten wir gegen ihn den Anfangsverdacht auf die Straftaten der unerlaubten Einreise und des unerlaubten Aufenthalts nach § 95 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 AufenthG.

**Gesetzliche Aufgabe/Zuständigkeit/Rechtsstellung**

Diese Straftat steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Prüfaufgabe nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 –a) SchwarzArbG.

Eine Abgabe durch die Staatsanwaltschaft nach § 14a SchwarzArbG lag offenkundig noch nicht vor.

In diesem Fall haben die Behörden der Zollverwaltung gem. § 14 Abs. 1 Satz 1 SchwarzArbG die gleichen Befugnisse wie die Polizeivollzugsbehörden nach der StPO. Nach § 14 Abs. 1 Satz 2 SchwarzArbG sind die Beamten der Zollverwaltung insoweit Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft. Damit habe auch ich als Bedienstete(r) des HZA München diese Rechtsstellung.

**Handlungsprinzip**

Insoweit war ich mit der Rechtsstellung der Polizei verpflichtet, den Sachverhalt zu ermitteln und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten (§ 163 Abs. 1 Satz 1 StPO).

**Antwort**

Folglich war ich nach Feststellung des unerlaubten Aufenthalts auch für die Strafverfolgung zuständig.



**BDZ**  
Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

**DIE** Fachgewerkschaft  
für die Zollverwaltung

# Lohnstich

weil ...

-  Rechtsschutz
-  Diensthaftpflichtversicherung
-  BDZ magazin
-  Seminare und Schulungen
-  Rabatte (z.B. Mobilverträge  
bei [www.dbb-vorteilswelt.de](http://www.dbb-vorteilswelt.de))



[www.bdz.eu](http://www.bdz.eu)



[www.facebook.com/BDZ.eu](https://www.facebook.com/BDZ.eu)